

Man abonniert bei allen Poststellen und Postboten; in Altenstaig bei der Expedition.

Insertate sind immer vom besten Erfolge begleitet und wird die Einschickungsgebühr stets auf das Billigste berechnet.

Berwendbare Beiträge werden dankbar angenommen und angemessen honorirt.

Aus den Tannen.

Intelligenz- & Anzeige-Blatt
von der oberen Ragold.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich drei Mal und zwar: Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Der Abonnementspreis beträgt pro Vierteljahr: in Altenstaig 90 Pf. im O.N.-Bezirk 85 Pf. außerhalb 1 M.

Insertatenaufgabe spätestens Morg. 10 Uhr am Tage vor dem jeweiligen Erscheinen.

Nr. 13.

Altenstaig, Dienstag den 31. Januar.

1882.

Für die Monate
Februar und März
nehmen alle Postanstalten und Postboten
Bestellungen
auf das Blatt
„Aus den Tannen“
entgegen.

Amthliches.

Uebersetzen: die 2te Schulstelle in Liebenzell, Bez. Calw, dem Schullehrer Kitterer in Neunkirchen, Bez. Hall; die 5te in Lauffen, Bez. Pfigheim, dem Schullehrer Engel in Hallwangen, Bez. Freudenstadt, die 2te in Althengstett, Bez. Calw, dem Schullehrer Appenzeller in Salmbach, Bez. Neuenbürg; die in Schmied, Bez. Calw, dem Schulamtsverweser Weber in Eybach, Bez. Weislingen; die in Neunet, Bez. Freudenstadt, dem Schulamtsverweser Asbach in Nassach, Bez. Schorndorf; die in Hirslanden, Bez. Leonberg, dem Schullehrer Sommer in Kälberbronn, Bez. Freudenstadt; die in Holzbronn, Bez. Ragold, dem Unterlehrer Gehring in Eßringen, bez. Bezirks.

Der Pariser Börsenkrach.

Die „Börse“ ist ein außerordentlich nervöser Körper. Der kleinste Stich, den dieser Körper in Paris oder London empfängt, wird in Berlin und Wien mit empfunden; wenn daher die nicht-französischen Börsen von dem dieser Tage in Paris und Lyon eingetretenen „Krach“ verhältnismäßig nur wenig berührt werden, so hat das seinen Grund nur in der vorsichtigen Zurückhaltung, deren sich die übrigen Börsen zu einer Zeit befleißigten, in der in Paris und Lyon der „Tanz um das goldene Kalb“ in den wildesten Tummel ausartete.

Wer trägt die Schuld daran? Wie ist die tolle Spekulation entstanden? Was führte den „Krach“ herbei und was lehrt dieser Krach? Wir wollen darauf eine Antwort zu geben versuchen. Der katholische Adel und sonstige reiche Bürger Frankreichs hatten den Plan gefaßt, eine Bank zu gründen, die die Geldmacht des Bankhauses Rothschild und seiner Verbündeten brechen sollte. Unter Leitung des Herrn Bonington trat das Unternehmen, die „Union générale“, ins Leben und fand beim Volke Anklang; die Aktien dieser Bank wurden gerne gekauft und stiegen dadurch im Preise. „Figaro“ erzählt, daß, als die Aktien der Gesellschaft auf 800 standen, verschiedene bei den Banken angestellte Kommiss, die den „Kummel“ kannten, kolossale Summen verdient hätten. Das wurde bekannt und machte lüstern. Als die Aktien noch stiegen, fanden sich immer mehr Liebhaber. Sie kauften mit 1000 Frank und verkauften bald darauf mit 1300. Die neue Bank war die endlich gefundene Henne, die goldene Eier legte. Man brauchte von seinen Erparnissen nur ein Päckchen der Union-Aktien zu kaufen, dieselbe nach kurzem wieder verkaufen und hatte mehrere Tausend Frank Nutzen. Nun kamen noch andere Geldinstitute mit ihren Aktien hinzu, die ebenfalls bei der wilden Spekulation schnell in die Höhe gingen.

In den feinsten Salons, wie in den eklebsten Kneipen sprach man fast nur von den fabelhaften Summen, die gewonnen wurden. Selbst bei dem schwindlichen Kurse von 3000 wurde noch verdient. Arbeiter verkauften ihr Handwerkszeug, um sich Aktien zu kaufen, erzählten Pariser Blätter. Eine Frau bringt eine Schürze voll Fünfsfrankstücke zu einer Bankagentur. „Verkauft man hier Aktien?“ — „Ja, welche wünschen Sie?“ — „Geben Sie mir so

was, was steigt.“ Das ist ein Beispiel unter Tausenden. Das Fieber hatte alle ergriffen: Grundbesitzer, Kaufleute, Kutscher und Kellner; Frauen verpackten ihre Schmucksachen, um Union-Aktien zu kaufen.

Nun kam, was kommen mußte. Die so- undsovielfach zu hoch bezahlten Papiere stellten sich schließlich als stark minderwerthig heraus. Darüber Jammer und Wehklagen, allgemeiner Schreck, Geschäftstodung, Verwirrung, Ruin zahlreicher Existenzen.

Für die Bankinstitute selbst ist der „Krach“ schon leiblich überwunden. Gerade die Rothschildgruppe, gegen welche die „Union“ gegründet worden war, hat Gelder hergegeben, damit diese sich halten könne. Allerdings darf man darin nicht die Großmuth des Feindes erblicken, der dem zu Boden geworfenen Gegner wieder auf die Beine hilft, sondern vielmehr eine Wohlthat gegen sich selbst, indem die Rothschilds in starke Mitleidenschaft gezogen worden wären, wenn die Verwüstung an der Börse fortgedauert hätte.

Für die „kleinen Leute“ resultirt aus jenen Vorgängen aber die in Deutschland schon mehr beherzigte Lehre, ihre Spargroschen nicht leichtsinnig in Papieren anzulegen, die zwar großen Gewinn versprechen, für deren Sicherheit aber absolut keine Gewähr vorhanden ist.

Deutscher Reichstag.

Die Bemühungen der liberalen Vereinigung, der Nationalliberalen und selbst eines Theils der Fortschrittspartei, den Erlaß vom 4. Januar im Reichstag unerörtert zu lassen, sind ohne Erfolg geblieben. Anlässlich der 3. Lesung des Stats ergriff Abg. Hänel das Wort zu einer scharfen Kritik und Erörterung des Erlasses; der letztere könne nicht den Zweck haben, Volk und König näher zu bringen; durch den Erlaß sollen andere Ziele verdeckt werden. Das Hereinziehen des Monarchen in die Debatte bedeute nichts anderes, als den unverantwortlichen Träger der Krone verantwortlich zu machen. Nur der erste Theil des kais. Erlasses enthalte klares verfassungsmäßiges Recht; der die Beamten betreffende Passus sei unklar und Redner stellt ihm die präzisere Form gegenüber: „kein Beamter hat das Recht, auf den Ausfall der Wahlen irgendwie amtlich Einfluss zu üben.“ — Fürst Bismarck parierte in erregter Weise den ihm gemachten Vorwurf der persönlichen Feigheit, den er in der Behauptung erblickte, daß er seine Amtshandlungen durch die Person des Königs zu decken beabsichtige. Der Kanzler bezeichnete das Recht des Monarchen als in der Verfassung und dem Geseze begründet und schloß mit der Versicherung, daß der König sich dieses Recht nicht werde verkümmern lassen, und er (Kanzler) ihm darin beistehen werde, aber als Diener des Königs und nicht als Vormund. Nach ihm sprachen noch die Abgg. von Treitschke, von Malgankalk und von Minnigerode zu Gunsten des Erlasses; von Bennigsen, von Stauffenberg und Richter gegen denselben. Als schließlich Abg. Dieblnecht die Gelegenheit ergriff, das sozialdemokratische Programm zu verteidigen, wurde das Haus beschlußunfähig.

Am Mittwoch fand die Nachlese dieser Debatte statt, welche durch Abg. Laßker eingeleitet wurde. Derselbe unterzog die Rede des Reichskanzlers einer näheren Beleuchtung und behauptete, dieselbe habe den Zweck gehabt, gewisse „Legenden“ zu zerstören und eine Reihe neuer Legenden aufzustellen. Er besprach die Ursachen des preussischen Verfassungskrisis zu

Anfang der 60er Jahre und sagte, daß das deutsche Reich auch vom größten Staatsmanne nicht hätte geschaffen werden können, wenn das Volk nicht vorbereitet gewesen wäre. Die Rede des Kanzlers habe den Zweck gehabt, den Reichstag nach innen und nach außen zu demüthigen. Der Minister v. Buttkamer trat diesen Ausführungen entgegen, namentlich der Behauptung des Abg. Richter-Hagen, daß der Erlaß eine außerordentliche Schwäche der Regierung dokumentiere. Der Umstand, daß die Oppositionspartei bei den letzten Wahlen einige Mandate gewonnen, habe nicht einen so niederschmetternden Eindruck auf die Regierung gemacht wie Richter annehme, und die Annahme der Hamburger Vorlage, die bekanntlich in der vergangenen Session im Reichstage sehr viel Staub aufgewirbelt hatte, bezeichnete der Minister direkt als einen Sieg der Bismarck'schen Politik. Er schloß seine Rede mit der Versicherung, daß in dem Erlaß die sicherste Gewähr gegen einen Konflikt liege, da aus der festen und klaren Abgrenzung der Rechte des Königs zugleich die Rechte der Landesvertretung folge.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Reichstag zunächst mit Wahlprüfungen. — Sodann wurde die durch die Verordnung des Bundesraths geregelte Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter in den Steinkohlen-Bergwerken von dem Abg. Hirsch angegriffen, indem er die Bestimmungen der Verordnung als außerordentlich schädlich für die jugendlichen Arbeiter bezeichnete und daran den Antrag knüpfte, die Verordnung außer Kraft zu setzen. Von den verschiedensten, namentlich sachmännischen Seiten wurde nachgewiesen, daß die Verordnung gerade im Interesse der jugendlichen Arbeiter und auf dringenden Wunsch der Arbeitnehmer erlassen sei. Der Reichstag lehnte dem auch den Antrag Hirsch ab und genehmigte die Verordnung mit einem, die Arbeit der jugendlichen Arbeiter in geringer Weise beschränkenden Antrag des Abg. Franz. Darauf trat der Reichstag in die dritte Lesung des Stats und beschäftigte sich dann abermals mit der bei der zweiten Lesung abgelehnten Knaben-Erziehungsanstalt und Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach, deren Wiederaufnahme in dem Stat vom Abg. v. Massow beantragt war. Nach längerer Debatte, in welcher lediglich die Gründe für und gegen wiederholt wurden, beschloß das Haus die Ueberweisung dieses Antrags an die Budget-Kommission zur schleunigen Berichterstattung.

In der Freitag-Sitzung wurde die dritte Lesung des Stats fortgesetzt. Auf Veranlassung des Abg. Löwe-Berlin gab der Staatssekretär v. Bötticher die Erklärung ab, daß das Projekt wegen einer Weltausstellung in Berlin bei den verbündeten Regierungen auf Bedenken gestoßen sei. Die Regierung werde über Zeit und Art solcher Ausstellungen eine Verständigung mit den interessirenden Mächten herbeiführen. Im weiteren Verlauf der Berathung hatte zunächst der Staatssekretär, Generalpostmeister Stephan die Gemüthung, daß seine, bei der zweiten Lesung gestrichenen Forderungen für Herstellung neuer Dienstgebäude in Erfurt und Marburg in den Stat wieder eingestellt wurden. Dagegen wurden die Kosten für eine Unteroffizierschule in Neubreisach auch in dritter Lesung abgelehnt. Grund der Ablehnung war u. A. der Mangel eines völlig vorbereiteten Planes für die Schule. Großen Widerstand erlitt der Antrag des Abg. Richter-Hagen, der von den Ueberschüssen des laufenden Jahres eine Summe von 10 Millionen Mark zur Ermäßigung der Matrikularbeiträge verwenden will. Der An-

